A2 1. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)
Tagesordnungspunkt:	3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Junge Menschen brauchen nicht nur eine intakte Natur, sondern einen gesunden Planeten, auf dem es sich gut und sicher leben lässt. Ein wichtiger Bereich ist dabei der Gebäudebestand: Deshalb fordern wir **ein Sanierungssprintprogramm für Mehrparteienhäuser**, verbunden mit dem Einsatz auf Bundesebene, Sanierungen aus der Modernisierungsumlage auszunehmen und zu dem Prinzip der Warmmietenneutralität zu kommen. So wollen wir CO_2-Emissionen im Gebäudebestand schnell senken und Mieter*innen entlasten. Die **Holzbauweise soll bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt** werden, wobei darauf zu achten ist, dass das Holz regional und nachhaltig erwirtschaftet wurde.

Flächenfraß vermeiden: Bis 2035 soll der Netto-Null-Flächenverbrauch erreicht und alte Industriebrachen begrünt oder umgewidmet werden. Altlasten auf ehemaligen Industrieflächen sollen untersucht und deren Beseitigung gefördert werden. Abriss muss eingedämmt, Sanierung gegenüber Neubau bevorzugt werden. Deswegen wird bei allen **landeseigenen Neubauprojekten ihre Unvermeidbarkei**t überprüft. **Aufstockungen und Nachverdichtungen** müssen gefördert werden.

Ein **Landesinvestitionsfond** soll den Ausbau kommunaler Wärmenetze und -produktion vorantreiben, während **„Sprinterprämien“** den schnellen Ausbau fördern. Damit alle von der Wärmewende profitieren, braucht es zudem **kostenlose Energie- und Sanierungsberatungen und sozial gestaffelte Förderprogramme für private Sanierungen.** Ein **Landeskonzept für die schrittweise Stilllegung und den Rückbau von Erdgasnetzen** soll gemeinsam mit den Netzbetreibern erarbeitet werden und den Umstieg langfristig vervollständigen**. Umwelt- und industrielle Wärmequellen** wie Geothermie, Flusswärme und industrielle Abwärme müssen systematisch erfasst und in die Wärmeplanung integriert werden. Potenziale der Solarthermie sollen dabei geprüft und ebenfalls in die Wärmepläne integriert werden. **Quartierspeicher** müssen gezielt unterstützt werden, um Wärme lokal effizient zu speichern, und Verteilnetzbetreiber müssen dazu berechtigt werden, entsprechende Energiespeicher zu betreiben. **Landesbürgschaften** erleichtern die Finanzierung kommunaler Projekte, und **Förderprogramme** helfen Verteilnetzbetreibern beim **Netzausbau,** um überall einen Wärmepumpen Einbau zu ermöglichen**.**

Die Energieversorgung der Zukunft braucht klare Maßnahmen: Deshalb müssen wir **Agri-Photovoltaik ausbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Akzeptanz bei Landwirt*innen erhöhen**. Darüber Hinaus müssen wir die **Tiefengeothermie stärken und fossile Brennstoffe bis 2040 bei Endkund*innen überflüssig machen.** Standortkommunen müssen über eine **verpflichtende Abgabe von mindestens 0,2 Cent** pro Kilowattstunde an Windkraftprojekten beteiligt werden und Bürger*innen, wo möglich, durch **Beteiligungsmodelle an Erneuerbaren Energieprojekten** profitieren. Die Flächenziele im Landesnaturschutzgesetz für Windkraft und Freiflächenphotovoltaik sind durch Bundesgesetzgebung obsolet und müssen überarbeitet werden, damit Baden-Württemberg seinem Anspruch, bei Zubauzielen vor dem Bundesdurchschnitt zu liegen, mittelfristig halten kann. Um Flächen effektiver zu nutzen, sollen eine **Flächenbörse für erneuerbare Energien und kommunales Flächenpooling** eingeführt werden. Die **Pensionsrücklagen des Landes** sollen in einen Fond umgeschichtet werden, der in kommunale Energiewende-Projekte investiert.

Klimaschutz muss als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrieben und **klimaschädliche Vorhaben** durch einen Klimavorbehalt für sämtliche Landesförderprogramme grundsätzlich unterlassen werden. Der **Klimasachverständigenrat soll in seinen Aufgaben gestärkt** und ein **CO2-Restbudget** auf Landesebene mit verpflichtenden Reduktionspfadenrechtlich festgelegt werden. Die landeseigenen **Unternehmen der Energieerzeugung und der Netzbereitstellung** sollen voneinander getrennt und die **fehlenden Anteile der landeseigenenNetzbetreiber gänzlich aufgekauft** werden.

Junge Menschen brauchen neben einem stabilen Klima für eine lebenswerte Zukunft auch sauberes Wasser, gesunde Böden und eine intakte Natur. Deshalb fordern wir **konsequente Umsetzung und Ausweitung von Artenhilfsprogrammen, die schnellere Renaturierung von Mooren und Gewässern sowie den Ausbau und die Vernetzung von Biotopverbünden**, um bedrohte Ökosysteme zu schützen. Die Baumförderung von **Streuobstwiesen muss verdoppelt werden, nachhaltige Landwirtschaft und Erosionsschutzmaßnahmen** müssen ausgeweitet werden, um langfristige Bodengesundheit zu sichern. Die Plätze im **Freiwillige Ökologischen Jahr** wollen wir ausbauen und die Teilnahmebedingungen der Freiwilligen verbessern.

Für eine bessere Mülltrennung und zur Entlastung der Bürger*innen muss **Biomüll kostenlos und verpflichtend** werden. Wir fordern zudem eine **flächendeckende Umstellung auf nachhaltige Waldwirtschaft**, die Monokulturen abbaut und naturnahe Dauerwälder stärkt. Hierzu sollen sich **mindestens 10% der Waldfläche in zusammenhängenden Flächen ohne menschlichen Einfluss** entwickeln können.

Die Landwirtschaft muss nachhaltiger werden: **Bis 2030 sollen über 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet werden. Dafür soll der Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide halbiert , Biomusterregionen verdoppelt und Lebensmittelverluste in der gesamten Lieferkette halbiert** werden.

Öffentliche Kantinen sollen bis 2030 mindestens **zur Hälfte Bio- und regionale Lebensmittel** und eine pflanzliche Option anbieten. Die Subventionierung öffentlicher Mensen muss stärker auf **pflanzliche Ernährung** ausgerichtet werden. In der Landwirtschaft muss Tierhaltung stark reduziert und der Anbau pflanzlicher Alternativen erhöht werden. Dies muss gefördert werden, indem Landwirt*innen beim Umstieg auf rein pflanzliche Landwirtschaft finanziell unterstützt werden. Außerdem dürfen landeseigene Flächen bei Neuverpachtungen nicht an industrielle tierhaltende Betriebe vergeben werden. So soll Intensive Tierhaltung so schnell wie möglich beendet werden. Anbindehaltung soll bis spätestens 2030 überwunden werden. Landwirt*innen müssen außerdem beim Artenschutz und der Umstellung auf **klimafreundliche Bewirtschaftung** finanziell unterstützt werden. Um das Höfesterben in Baden-Württemberg zu stoppen, müssenbesonders junge Landwirt*innen bei der Übernahme eines Hofs unterstützt werden, dafür soll eine Existensgrünungsprämie eingeführt werden. **Anreize für den Naturschutz in der Landwirtschaft** sollen gestärkt werden. Gesetzliche Grundlagen für eine Weiterbildung im Bereich Agrarpädagogik, sowie zur Ausbildung als Öko-Landwirt*in sollen geschaffen werden.

Außerdem sollen Tierheime umfangreicher gefördert und unterstützt werden. Hierfür soll der jährliche Betrag für die Tierheimförderung im Rahmen der Verwaltungsvorschrift Tierschutzmaßnahmen von 500.000 Euro mindestens verdoppelt werden.

Flüsse brauchen mehr Raum, um wertvolle Lebensräume zu bilden. Hierfür sollen **Auenlandschaften geschaffen** werden, die gleichzeitig dem Hochwasserschutz dienen. Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen ist eine Zukunftsfrage – wir müssen jetzt handeln, um kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu sichern!